

Niederschrift

über die **gemeinsame öffentliche Sitzung der Ausschüsse für Bauen, Feuerschutz und Mobilität sowie für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen**

am 25.06.2019 im Graf-Anton-Günther-Saal der Stadt Jever,
Am Kirchplatz 11, 26441 Jever

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Teilnehmer/innen BauA:

Teilnehmer/innen WTKF:

Vorsitzender:

Holger Ulfers

Mitglieder :

Martina Esser

Mitglieder:

Anne Bödecker

Fred Gburreck

Claus Eilers

Axel Homfeldt

Manfred Gäde

Dörthe Kujath

Heiner Heasihus

Bernd Pauluschke

Axel Homfeldt

Gerhard Ratzel

Walter Langer

Melanie Sudholz

Diedrich Loers

Stephan Zerth

Friedhelm Michaelis

Dirk Zillmer

Gerhard Ratzel

beratende Mitglieder:

Dirk Zillmer

Iko Chmieleweski

beratende Mitglieder:

Iko Chmieleweski

Angehörige der Verwaltung:

Sven Ambrosy

Rolf Neuhaus

Stefanie Pflug

Gast/Vortragender:

Prof. Volker Stölting,

Verkehrsplaner, InrosLackner SE

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit sowie Genehmigung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kreistagsabgeordneter Ulfers, eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder der beiden Ausschüsse, die anwesenden Bürger, die anwesenden Angehörigen der Verwaltung und Herrn Prof. Stölting. Herr Ulfers erläutert kurz, dass die beiden Ausschüsse gemeinsam tagen, da sie beide von dem Thema „Nahverkehrsplan“ berührt werden.

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Es folgt die Feststellung, dass der Nahverkehrsplan im Vorfeld allen Mitgliedern ordnungsgemäß zugegangen ist bzw. über Session eingesehen werden konnte.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Herr Ulfers fragt, ob alle damit einverstanden sind, wenn die Fragen zunächst gesammelt werden, da sie sich zum größten Teil durch den Vortrag von Herrn Prof. Stölting beantworten werden. Mit dieser Vorgehensweise sind alle Anwesenden einverstanden und Herr Landrat Ambrosy ergänzt, dass alle Fragen und Anregungen „mitgenommen“ werden, um diese nach Möglichkeit in den Nahverkehrsplan einzuarbeiten. Außerdem weist er darauf hin, dass es sich um einen Entwurf handelt, welcher (vorbehaltlich des Beschlusses) anschließend in die öffentliche Beteiligung geht und somit jeder ohnehin nochmal die Möglichkeit hat Anmerkungen oder Fragen einzugeben. Der Grundsatzbeschluss wird dann im Herbst gefasst.

Herr M., Varel:

1. Was ist mit „der letzten Meile“? Wie kommen mobilitätseingeschränkte Personen von ihrem Wohnort zur Bushaltestelle?
2. Hat es bereits Beratungen bzgl. eines Rufbussystems gegeben (wie z.B. im Landkreis Leer)? Verschiedene Projekte müssen am besten zu einem großen System zusammengeführt werden.
3. Einrichtung einer großen Mobilitätszentrale für Friesland ist erforderlich, um alle Informationen zusammen zu führen.

Frau S.-G. (Mobilitätsverein Wangerland): Der Mobilitätsverein (Bürgerbus) sieht sich als Ergänzung zum Nahverkehrsplan und würde es begrüßen sich entsprechend im Nahverkehrsplan wiederzufinden.

Herr R., Waddewarden: Inwiefern wurde die Schulbussituation an der Grundschule Hooksiel im Nahverkehrsplan berücksichtigt? Wie soll der Schülertransport in Zukunft aussehen?

Diese Frage wurde in der Sitzung nicht beantwortet. Antwort: Die Schülerbeförderung zwischen Waddewarden und Hooksiel ist kein Thema im Nahverkehrsplan, da keine konkreten Teile der Schülerbeförderung im Nahverkehrsplan behandelt werden. Zudem sind dort aktuell keine Probleme bekannt.

Herr L., Jever: Wurde im Rahmen der Nahverkehrsplanung geprüft, ob ehemalige Bahnhaltdepunkte (z.B. Moorwarfen) als Bedarfshaltepunkte reaktiviert werden können?

Herr Ambrosy antwortet direkt auf diese Frage: Die Fragestellung wurde bereits (auch von der VEJ) an die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen weitergeleitet. Der Nahverkehrsplan des Landkreises Friesland befasst sich nur mit dem ÖPNV (Bus), da der Landkreis nicht Aufgabenträger für den Schienenverkehr ist. Für die betreffenden Bereiche sind außerdem deutliche Verbesserungen im Linienverkehr geplant.

TOP 3

Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 3.1

Entwurf des Nahverkehrsplanes

Herr Ulfers fragt die Anwesenden, ob Herr Prof. Stölting nochmal den gesamten Vortrag halten soll, da die meisten ihn bereits in der vorhergegangenen nicht-öffentlichen interfraktionellen Sitzung gehört haben. Herr Stölting schlägt daraufhin vor, den bereits aus den Workshops im Wesentlichen öffentlich bekannten Analyseteil abzukürzen und direkt bei den Zielen einzusteigen. Die vollständige Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Prof. Stölting hält seinen Vortrag ohne Zwischenfragen.

Herr Ulfers bedankt sich bei Herrn Stölting für den Vortrag und bittet dazu um Wortmeldungen.

Herr Chmielewski erkundigt sich nach der geplanten Vorgehensweise für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen, auch im Hinblick auf die Information der Kommunen über die Finanzierungsmöglichkeiten. Herr Neuhaus informiert zunächst darüber, dass der Landkreis bereits einen Großteil „seiner“ Haltestellen (als Grundstückseigentümer) ausgebaut hat bzw. die noch verbliebenen Haltestellen an weiterführenden Schulen, zentrale Omnibusbahnhöfe und Haltestellen an den Krankenhäusern in den kommenden Jahren ausbauen wird. Der Haltestellenausbau in den Kommunen wird auf Antrag in Höhe von 75 % vom Land und 12,5 % vom Landkreis gefördert, sodass die Städte und Gemeinden nur einen Eigenanteil von 12,5 % tragen müssen. Dies sei auch bei den Terminen mit den Kommunen stets so kommuniziert worden.

LR Ambrosy fügt hinzu, dass der Landkreis die klare Erwartung hat, den barrierefreien Ausbau gemeinsam mit den Kommunen zu bewältigen und bittet die Abgeordneten darum in den entsprechenden Gremien der Städte und Gemeinden für den Haltestellenausbau zu werben. Sande und Jever haben bereits erste Umbaumaßnahmen für 2020 geplant. Bei Investitionssummen von bspw. 100.000 € pro Jahr und einem Eigenanteil der Kommune von 12,5 % (= 12.500 €) kann über einen Zeitraum von bspw. drei bis fünf Jahren schon viel in der „Haltestellenlandschaft“ erreicht werden. Herr Neuhaus ergänzt, dass auch im Rahmen von Straßenausbaumaßnahmen die Herstellung der Barrierefreiheit (Erhöhung des Bordes und Installation von Blindenleitstreifen) von Haltestellen ohne großen zusätzlichen Aufwand erfolgen kann.

Herr Chmielewski betont nochmal die Wichtigkeit dieser Thematik, auch im Hinblick auf Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, und bittet darum die einzelnen Bürgermeister und Parteien in den Kommunen direkt darauf anzusprechen.

Auf Nachfrage von Herrn Ulfers, ob es noch weitere Fragen aus den Ausschüssen gibt, meldet sich Herr Chmielewski erneut zu Wort und fragt, ob schon alle zukünftigen Linienverläufe im Nahverkehrsplan eingezeichnet sind. Herr Stölting informiert darüber, dass es sich um den aktuellen Stand der Planungen handelt, welche im Laufe der Beteiligung ggf. noch geändert werden können bzw. müssen. Alle Anregungen werden gesammelt und nach Möglichkeit eingearbeitet. Die Beteiligung ist auch online (www.friesland.de) möglich.

Frau Esser fragt, ob es auch noch eine förmliche Beteiligung der Kommunen gibt, was von Herrn Ambrosy und Herrn Stölting bejaht wird. Dies ist ohnehin Bestandteil der formellen öffentlichen Beteiligung. Ggf. wird es im Anschluss auch noch einen Erörterungstermin geben.

Ein anwesender Bürger (Name nicht genannt) bezweifelt die genannte Höhe der zukünftigen Kilometer im Vergleich zu den heutigen, sie erscheint ihm zu niedrig (50 % Steigerung). Herr Stölting erklärt, dass es sich bei der genannten Zahl um keine feste Größe handelt, welche nach genaueren Planungen auch noch größer ausfallen kann. Zudem sieht der NVP auch den Entfall von reinen Schülerfahrten vor, so dass an anderer Stelle ggf. Fahrplankilometer entfallen können.

Für eine genaue Prognose (auch der Kosten) wird zukünftig noch eine Ermittlung von Fahrgastzahlen, welche uns momentan nicht vorliegen (außer Schüler), erforderlich sein. Frau Esser fragt diesbezüglich nach, ob die Möglichkeit besteht die Zahlen von den Verkehrsunternehmen zu bekommen. Dies wird von Herrn Stölting verneint, da die Unternehmen nicht verpflichtet sind diese Zahlen herauszugeben. Insofern wird zukünftig die Ermittlung von Fahrgastzahlen erforderlich sein, um festzustellen zu können, ob es zu einer Steigerung durch das zusätzliche Angebot kommt.

Herr Chmielewski möchte wissen, ob es Planungen bzgl. einer zentralen Mobilitätszentrale des Landkreises gibt. Herr Ambrosy führt dazu aus, dass dies sinnvoll werden könnte, um verschiedene (zukünftige) Bedarfsverkehre aus den Gemeinden (z.B. Bürgerbus) zusammenzuführen. Eine Basis ist über die Mobilitätszentrale in Jever in jedem Fall vorhanden. Was darüber hinaus in Zukunft eingerichtet wird, ist schlussendlich eine Frage der Finanzierung. Herr Chmielewski ergänzt noch, dass er es für den entscheidenden Punkt hält, die Bürger ausreichend über die verschiedenen (neuen) Angebote zu informieren.

Ambrosy: Die noch für dieses Jahr geplante Einführung der Echtzeitdaten, einer Fahrplan-App und WLAN in den Bussen werden dabei maßgeblich zur Verbesserung des Informationsflusses beitragen. Außerdem ist eine sehr gute Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit von großer Bedeutung.

Frau Esser stimmt dem zu und ergänzt, dass auch die verlässliche Taktung der Busse und die Wiederherstellung der Zuverlässigkeit der NordWestBahn eine große Rolle spielt.

Herr Ulfers erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen, welche nicht vorhanden sind.

Beschluss

1. Der jeweilige Ausschuss beschließt den Nahverkehrsplan beratend zur Kenntnis zu nehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die formelle öffentliche Beteiligung durchzuführen.
3. Verweis auf die Fraktionen zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis BauA:

einstimmig

Abstimmungsergebnis WTKF:

einstimmig

TOP 4

Berichte aus anderen Gremien

keine

TOP 5

Informationen aus dem Jugendparlament

keine

TOP 6

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Ambrosy berichtete zum Sachstand des Verfahrens zur Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP). Nachdem die Auslegung der Planungsunterlagen abgeschlossen wurde, wurden die Stellungnahmen gesammelt und vorläufig ausgewertet. Hieran wird sich am 3.7. und erforderlichenfalls 4.7. der Erörterungstermin (§ 3 Abs. 4 NROG) anschließen, in dem die Stellungnahmen mit den Einwendern nochmals aufgeklärt werden. Im Anschluss wird die Synopse (Abwägungstabelle) erstellt und voraussichtlich zum nächsten WTKF (2.9.2019) den KTA vorgelegt. Nach der endgültigen Auswertung der Stellungnahmen nach dem Erörterungstermin muss erforderlichenfalls auch über eine erneute Auslegung entschieden werden. Die abschließende Abwägung wird dann zum Satzungsbeschluss erfolgen, erläutert der Landrat auf Nachfrage von KTA Ratzel.

gez. Holger Ulfers
Vorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Stefanie Pflug
Protokollführerin